

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)



Träger der Gedenkstätte

Museum in der „Runden Ecke“ mit
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RESÜMEE

Leipzig, den 14.04.2010

Unser Zeichen: diskussionsveranstaltung mit us-
botschafter

Diskussionsveranstaltung mit US-Botschafter Philip D. Murphy zum Thema "Staat und Individuum im 21. Jahrhundert" in der "Runden Ecke" am 13. April 2010

Anfang 2010 war ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, bezüglich des Zugangs amerikanischer Sicherheitsbehörden auf die Daten des Finanzdienstleisters Swift, am entschiedenen Nein des Europäischen Parlaments gescheitert. Die EU-Parlamentarier sahen den Datenschutz in dem bisherigen Abkommen nicht ausreichend gesichert. Aus diesem Grund finden momentan neue Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament statt und die US-Regierung ist bemüht, Bedenken in der europäischen Öffentlichkeit zu zerstreuen. Im Rahmen dieser Bemühungen besuchte US-Botschafter Philip D. Murphy am 13. April 2010 zum zweiten Mal die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“. Das US-Generalkonsulat hatte zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Botschafter in den ehemaligen Stasi-Kinosaal geladen.

Nicht unkritisch sah Tobias Hollitzer, Gedenkstättenleiter und Mitglied des Bürgerkomitee Leipzig e.V., zur Begrüßung dieses Themas: Von den Forderungen der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 ausgehend, müsse jedes Individuum Rechtssicherheit genießen und vor Überwachung sicher sein. Dafür haben sich die Leipziger Demonstranten und Besetzer der Leipziger Bezirksverwaltung des MfS 1989 eingesetzt und „Rechtssicherheit statt Staatssicherheit“ gefordert. Seit dem 11. September jedoch bedrohe der internationale Terror immer mehr auch die westliche Welt, so dass die Demokratie hier immer wieder vor neuen Herausforderungen stehe. Seitdem haben sich auch die Überwachungsmaßnahmen sowie Daten- und Personenkontrollen immer wieder verschärft, so dass in den Medienberichten der letzten Jahre auch immer wieder der Begriff „Stasi 2.0“ fiel. Eine Gleichsetzung der neuen Sicherheitsgesetze mit den Methoden der DDR-Geheimpolizei lehne das Bürgerkomitee jedoch ab, so könne man heute im Gegensatz zu der Zeit vor 1989 offen und öffentlich über die Problematik diskutieren. Diese Debatte brauche man heute auch mehr denn je, um bei Angriffen die unsere Demokratie die rechtsstaatlichen Grundsätze nicht aufzugeben.

Der Botschafter betonte in seiner Rede den einprägsamen Eindruck, den die Führung durch Gedenkstättenleiter Tobias Hollitzer im Oktober 2010 bei ihm hinterlassen hatte. Dieser Ort sei hervorragend geeignet, um so ein wichtiges Thema wie die Bedeutung des Schutzes persönlicher Daten in einer freien Gesellschaft zu diskutieren. Gerade hier sei den Menschen besonders bewusst, welche Folgen die permanente Überwachung und Kontrolle seitens staatlicher Behörden auf das Leben von Menschen gehabt hat.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen, so Botschafter Murphy, seien ein Grund für die Schwierigkeiten im gegenseitigen Verständnis. Die Vereinigten Staaten führen schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts immer wieder nachhaltige Diskussionen um den Schutz der Persönlichkeitsrechte jedes Bürgers und wie sich diese mit den veränderten technischen Bedingungen und den sich wandelnden Bedrohungsszenarien in Einklang bringen lassen. Als Beispiel für eine solche Debatte nannte er den Streit um die Gesundheitsreform in den USA.

Der 11. September 2001 sei das Schlüsselerlebnis gewesen, das gezeigt hätte, wie notwendig es ist die neuen Instrumente für den Austausch von Daten zu nutzen, um Anschläge verhindern zu können und terroristische bzw. kriminelle Netzwerke aufdecken und zerschlagen zu können. Dieses Thema sei zu einem der Wichtigsten auf der deutsch-amerikanischen Agenda geworden. Und Botschafter Murphy betonte mehrmals, dass der Schutz unserer Bürger und der Datenschutz keine sich gegenseitig ausschließenden Ziele seien.

US-Präsident Obama sei dieses Abkommen ein sehr wichtiges Anliegen, da es unmittelbare Auswirkung auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten habe. Die anhaltende Diskussion um unterschiedliche Standpunkte beim Datenschutz beruhe auf Missverständnissen und der Botschafter gehe davon aus, dass es am Ende zu praktikablen Lösungen käme. Europäische und amerikanische Systeme zum Datenschutz seien zwar unterschiedlich strukturiert, würden aber beide wirksamen Datenschutz gewährleisten, was ja letztlich das gleiche Ziel sei. Botschafter Murphy betonte, dass Behörden innerhalb der USA nur sehr wenige Möglichkeiten gebe, die Daten von Bürgern zu überprüfen, so existiere in Vereinigten Staaten beispielsweise keine Ausweispflicht. Der Erhalt dieser Freiheiten der Persönlichkeitsrechte innerhalb des Landes und der Schutz persönlicher Daten ist den USA ein wichtiges Anliegen. Eine intensive Überwachung sei demzufolge nur an den Grenzen möglich, um das Eindringen von Terroristen und anderen Staatsfeinden zu verhindern.

In der anschließenden Diskussion wurde anhand des Beispiels der Kontrollen an der Grenze zu Mexiko kritisiert, dass Einreisende die keine US-Bürger seien mit unangemessenen Schikanen zu rechnen hätten. Der Botschafter meinte, er kenne die Verhältnisse vor Ort nicht, aber es gäbe für solche Schikanen keine gesetzlichen Grundlagen.

Auf die Frage ob es, ähnlich den Flugverbotslisten, Listen gäbe auf denen verdächtige Konten vermerkt würden, die gegebenenfalls auf Verdacht auch gesperrt werden könnten, bemerkte der Botschafter, dass es diesbezüglich keine Verbindungen gäbe und man sich auch als Ausländer an US-Behörden wenden könne, wenn es solche Probleme gibt.

Johannes Beileites, Mitglied des Bürgerkomitee Leipzig e.V., vertrat die Meinung dass es ein Naturgesetz gäbe, dass Daten die gesammelt werden irgendwann auch missbraucht werden.

Botschafter Murphy betonte abschließend, dass es nicht um die Unterdrückung von Meinungen oder Freiheiten, sondern um die Verfolgung potentieller Terroristen ginge. Deshalb sei das Thema so ernst.